

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

4. Oktober 2017

zum Thema

"Wieviel kosten Flüchtlinge wirklich und was bringen sie Oberösterreich (volks-)wirtschaftlich? Neue Studie zeigt Fakten zur Versachlichung."

Weitere Referenten:

- **Univ.-Prof. Dr. Friedrich Schneider** und
- **Dr. Florian Wakolbinger** (GAW Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung, Innsbruck)

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

"Wieviel kosten Flüchtlinge wirklich und was bringen sie Oberösterreich (volks-)wirtschaftlich? Neue Studie zeigt Fakten zur Versachlichung."

Schutz und Asyl für Verfolgte sind in erster Linie eine rechtliche und moralische Pflicht. Es geht um Menschen. Das sehen auch die Oberösterreicher/innen laut Sora-Integrationsradar so. Trotzdem werden auch oft die Kosten für die öffentliche Hand kritisiert. Im Auftrag von LR Anschober hat die GAW/ Gesellschaft für angewandte Wirtschaftsforschung unter der Leitung von Prof. Dr. Friedrich Schneider die ökonomischen Effekte von Asylwerbenden bzw. Asylberechtigten in OÖ berechnet – um statt Vorurteilen auf Basis von Fakten zur Versachlichung beitragen zu können.

LR Rudi Anschober: *„Wir haben in Oberösterreich den Weg der dezentralen Integration ab Tag 1 gewählt – für ein gelingendes Zusammenleben, das startet z.B. bei kleinstrukturierten Grundversorgungsquartieren und geförderten Deutschkursen. Klar ist daher: Integration kostet Geld, im Jahr 2017 sind dafür 10,5 Millionen Euro inkl. der Sprachkursförderung des Bundes vorgesehen. Es ist jedoch eine Investition, die sich lohnt – von der unsere Gesellschaft profitieren kann. Zum Beispiel der Wirtschaftsstandort: denn Oberösterreich droht im Jahr 2020 ein Mangel von über 20.000 Facharbeiter/innen, in wesentlichen Teilbereichen können Asylwerbende und Asylberechtigte hier spürbare Verbesserungen bringen. Diesen hohen Bedarf belegt auch der große Erfolg beim Schaffen von Lehrstellen für Asylwerbende in Mangelberufen. Erster Schlüssel dabei die rasche Nostrifizierung sowie die Qualifizierung - in beiden Bereichen mit schweren Barrieren durch die Bundesregierung. Zweiter Schlüssel ist die Arbeitsmarktintegration, aktuell vielfach nur gegen Barrieren der Bundesregierung umzusetzen, da der Arbeitsmarkt für Asylwerbende – mit Ausnahme von sieben Bereichen – geschlossen ist. Nur wenige haben daher die Chance, schon während ihres Asylverfahrens auf eigenen Beinen zu*

stehen. Dennoch zeigt die neue Studie, dass sich im Durchschnitt der Fälle eine positive wirtschaftliche Gesamtbilanz ergeben wird über die Jahre in Oberösterreich - und bestätigt damit Studienergebnisse der letzten Jahre aus Deutschland. Durch einen früheren Zugang zum Arbeitsmarkt in Mangelberufen könnte diese Bilanz sogar weiter verbessert werden.“

**GAW Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung- Neue Studie:
Ökonomische Effekte von Asylbewerberinnen und Asylberechtigten in OÖ**

Ab dem fünften Jahr ihres Aufenthaltes übersteigt für Asylbewerberinnen/Asylberechtigte die jährliche Summe an abgeführten Abgaben (SV-Beiträge, Lohnnebenkosten, Steuern) die jährliche Summe an erhaltenen Transfers (Grundsicherung, Bedarfsorientierte Mindestsicherung, Arbeitslosengeld). Jene, die sich mindestens neun Jahre im Land befinden, haben während ihres Aufenthaltes kumuliert mehr an Abgaben abgeführt als an Transfers erhalten. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer einer Asylbewerberin/Asylberechtigten beträgt jedoch lediglich 3,64 Jahre, sodass Asylbewerberinnen/Asylberechtigte im Schnitt insgesamt um 2.300 Euro mehr an Transfers erhalten, als sie an Abgaben abführen. Gleichzeitig führten die Konsumausgaben der Asylbewerberinnen/Asylberechtigten im Zeitraum 2005 – 2016 zu einem zusätzlichen jährlichen Bruttoregionalprodukt in Oberösterreich von 90 Mio. Euro und einer zusätzlichen Beschäftigung von 1.180 Jahres-Vollzeitäquivalenten. Die damit verbundenen fiskalischen Rückflüsse sind höher als die Transfers, die die Asylbewerberinnen/Asylberechtigten netto (d.h. nach Abzug ihrer abgeführten Abgaben) vom Staat erhalten.

Für die vorliegende Studie hat die GAW die staatlichen Transfers, die an Asylberechtigte fließen, den von den Asylbewerbern und Asylberechtigten ausgehenden Rückflüssen in den Staatshaushalt gegenübergestellt. Die

Transfers umfassen im Wesentlichen die Ausgaben für die Grundversorgung von Asylbewerbern und Haushaltstransfers wie bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS), Arbeitslosengeld oder Familienbeihilfe. Die Rückflüsse in den Staatshaushalt umfassen Sozialabgaben und Lohn- und Einkommensteuer, die aus einer etwaigen Erwerbstätigkeit der Asylberechtigten resultieren, sowie der Umsatzsteuer aus Konsumausgaben der Asylberechtigten.

Die Analyse erfolgte mit den anonymisierten Versicherungsdaten der Arbeitsmarktdatenbank (AMDB), die es ermöglichen, die Erwerbskarrieren aller Einwohnerinnen und Einwohner Österreichs tagesgenau nachzuzeichnen. Die Daten reichen zurück bis ins Jahr 2004. Solcherart konnte einerseits auf individueller Ebene ermittelt werden, ab welcher Aufenthaltsdauer die abgeführten Abgaben höher sind als die ausbezahlten Transfers. Andererseits konnte auch untersucht werden, wie lange es dauert, bis die insgesamt von einer asylberechtigten Person abgeführten Abgaben die an sie ausbezahlten Transfers überwiegen.

Darüber hinaus wurde unter Anwendung des makroökonomischen Simulationsmodells ÖRemo der GAW bestimmt, inwieweit in Oberösterreich zusätzliche Beschäftigung und zusätzliche Wertschöpfung aus der Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern resultieren. Derartige Effekte entstehen vor allem dadurch, dass die Zuwanderer mit ihrem zur Verfügung stehenden Einkommen Konsumgüter nachfragen und die aus der Bedienung dieser zusätzlichen Nachfrage entstehenden Einkommen wieder in Form von Konsum und Investitionen in den Wirtschaftskreislauf zurückfließen.

Forderung nach schnellerem Zugang zum Arbeitsmarkt

Die GAW-Studie zeigt auch klar: Ein schnellerer Zugang zum Erwerbsarbeitsmarkt für Asylbewerbende in der Grundsicherung hätte zur Folge, dass das Transferaufkommen sinkt und gleichzeitig das Abgabenaufkommen steigt. Denn wie allgemein bekannt sind insbesondere die Sozialabgaben auf Arbeitseinkommen in Österreich auch bei Geringverdienern relativ hoch. Ein schnellerer Zugang zum Erwerbsarbeitsmarkt hätte daher zur Folge, dass insbesondere das Aufkommen an Sozialversicherungsbeiträgen und Lohnnebenkosten steigt.

Hinsichtlich des schnelleren Zugangs zur Erwerbsarbeit gibt es in Oberösterreich gegenwärtig zwei Ansätze. Zum einen ist der Zugang für Jugendliche zu einer Lehre seit zwei Jahren erleichtert. Aufgrund der Entlohnung als Lehrling kann für die eine Lehre absolvierenden Asylbewerbende die Grundsicherung reduziert werden, was eine jährliche Ersparnis von insgesamt 1,6 Mio. Euro zur Folge hat.

LR Rudi Anschober: *„Asylverfahren in Österreich dauern oft Jahre, aufgrund des weitgehenden Arbeitsverbots dürfen Asylwerbende währenddessen kaum Beschäftigungen nachgehen – mit Nachteilen auf bisherige Fertigkeiten und den Tagesablauf, aber auch für Unternehmen, die Facharbeiter/innen händeringend suchen würden. Ich fordere daher von der Bundesregierung eine Öffnung des Arbeitsmarktes z.B. ab dem 6. Aufenthaltsmonat zumindest in Mangelberufen. So würden Flüchtlinge raschestmöglich auf eigenen Beinen stehen, über Steuern am Sozialstaat mitwirken, eine optimale Integration leben, die Unternehmen könnten offene Stellen besetzen und wirtschaftlich profitieren und schlussendlich würden sich die Kosten für die öffentliche Hand verringern, stattdessen Mehreinnahmen entstehen.“*

Ökonomische Effekte von Asylwerberinnen und Asylberechtigten in Oberösterreich

Prof. Dr. Friedrich Schneider und Dr. Florian Wakolbinger

4. Oktober 2017

- 1. Fragestellung**
- 2. Datengrundlage**
- 3. Ergebnisse**
 - 3.1 Betrachtungen auf individueller Ebene**
 - 3.2 Betrachtungen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene**
- 4. Zusammenfassung**

Wie hoch sind die **staatlichen Aufwendungen** für OÖ. Asylwerberinnen und Asylberechtigte während ihrer Aufenthaltsdauer im Land?

- Grundversorgungsleistung
- Bedarfsorientierte Mindestsicherung
- Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld
- Arbeitslosengeld

Wie hoch sind im Gegenzug die **Steuern und Abgaben**, die von OÖ. Asylwerberinnen und Asylberechtigten während ihres Aufenthalts an den Staat abgeführt werden?

individuell:

- Sozialversicherungsbeiträge / Lohnnebenkosten
- Einkommensteuer
- Umsatzsteuer auf Konsumausgaben

gesamtwirtschaftlich:

- Steuern/Abgaben aufgrund makroökonomischer Effekte der Zuwanderung

Zur Analyse der **individuellen Abgaben- und Transferaufkommen** werden die Mikrodaten des Hauptverbandes / AMS verwendet

- **tagesgenaue** Erfassung der Erwerbskarrieren / Löhne
- Berechnung der jährlich anfallenden Abgaben / Transfers auf Basis dieser tagesgenauen Daten

Die Analyse der **gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte** und der damit verbundenen Rückflüsse an Abgaben / Transfers erfolgt mit einem makroökonomischen Simulationsmodell

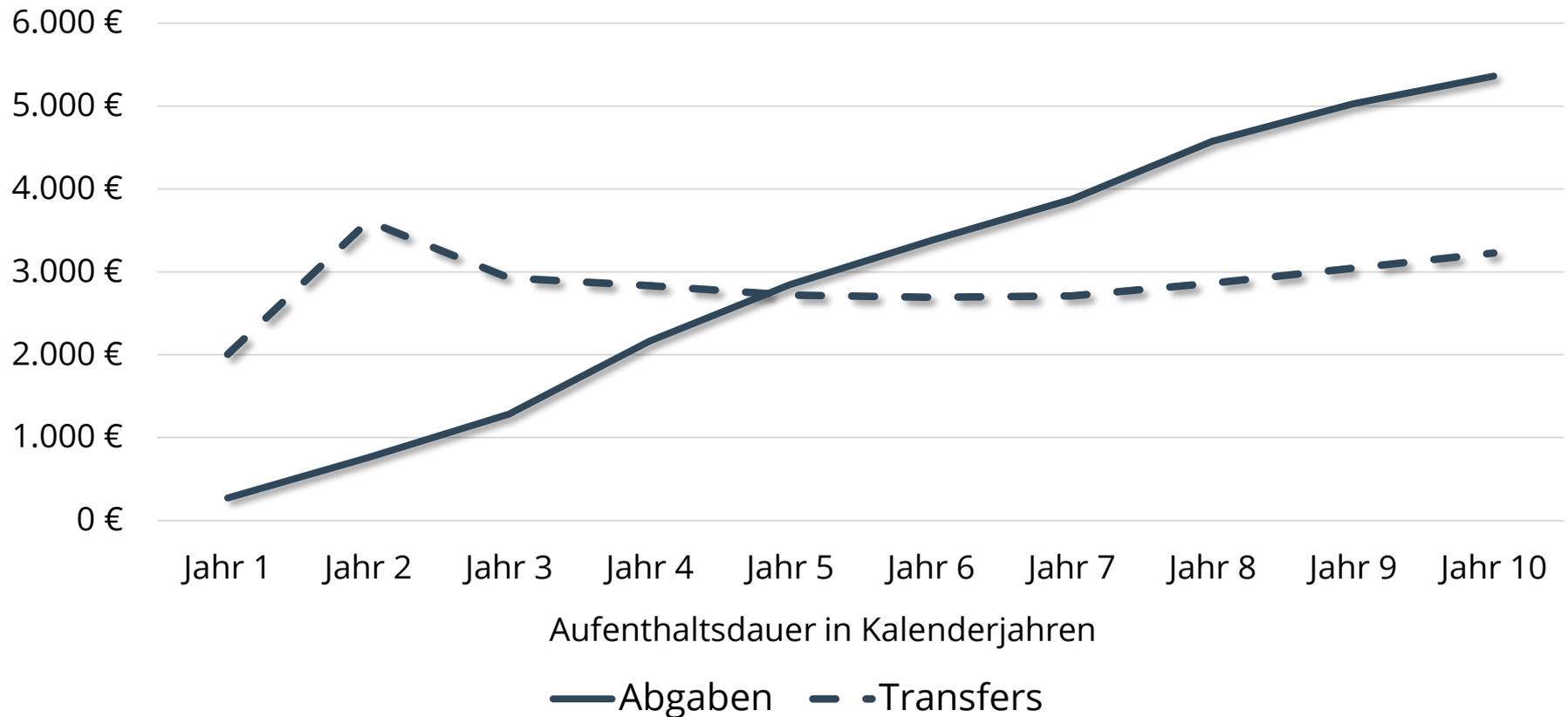
Als OÖ. Asylwerber und Asylberechtigte werden jene Personen definiert, die

- Als **Flüchtling bzw. Asylwerber** nach Österreich gekommen sind
- Während ihres Aufenthaltes in Österreich sich **länger** als in jedem anderen Bundesland in **Oberösterreich** aufgehalten haben

Von Jänner 2004 bis März 2017 wurden so für Oberösterreich insgesamt **46.900** Personen erfasst. Davon haben **19.800** Österreich bereits wieder verlassen.

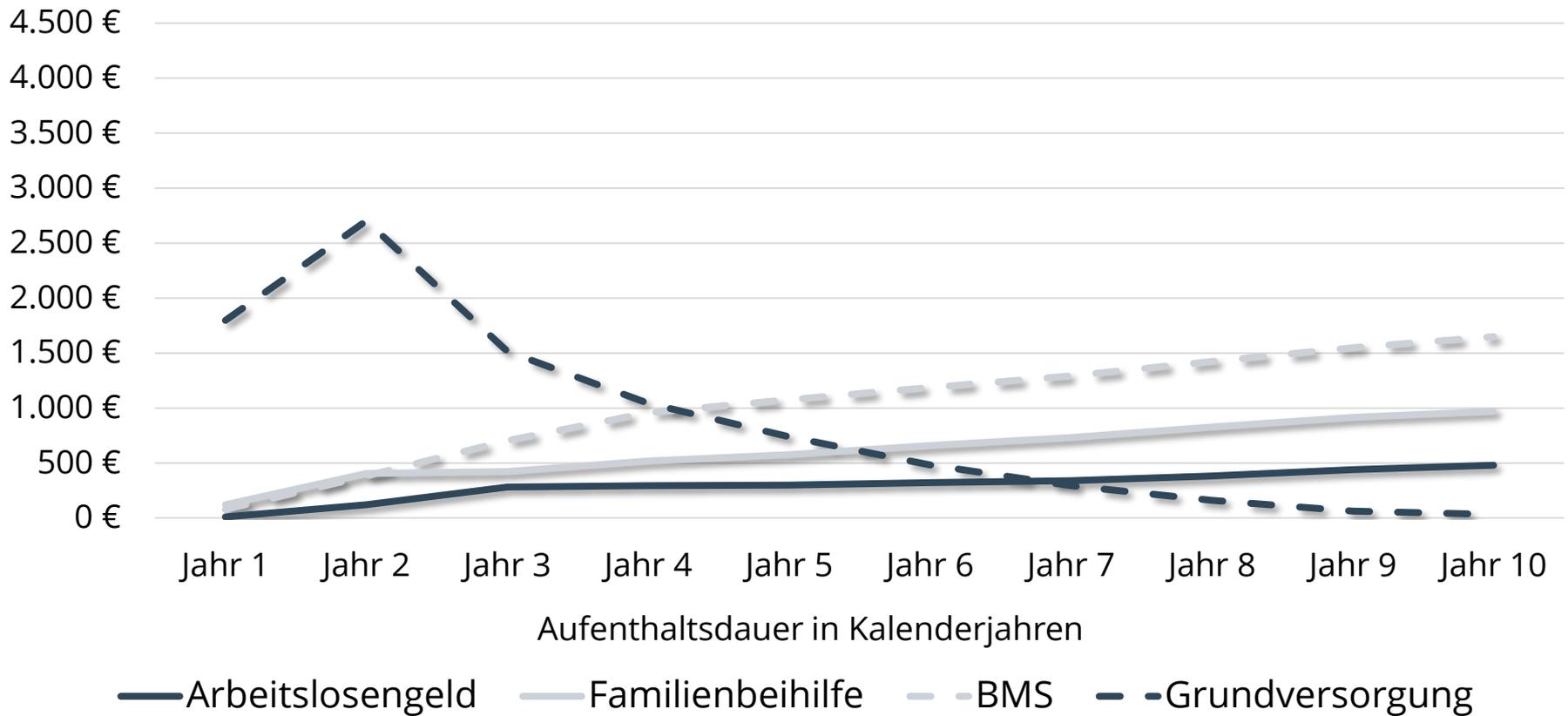
20.000 Personen haben (noch) kein Asyl erhalten.

Abbildung 3.1.1 Durchschnittlich pro Jahr von OÖ. Asylwerbern und Asylberechtigten abgeführte Abgaben und erhaltene Transfers



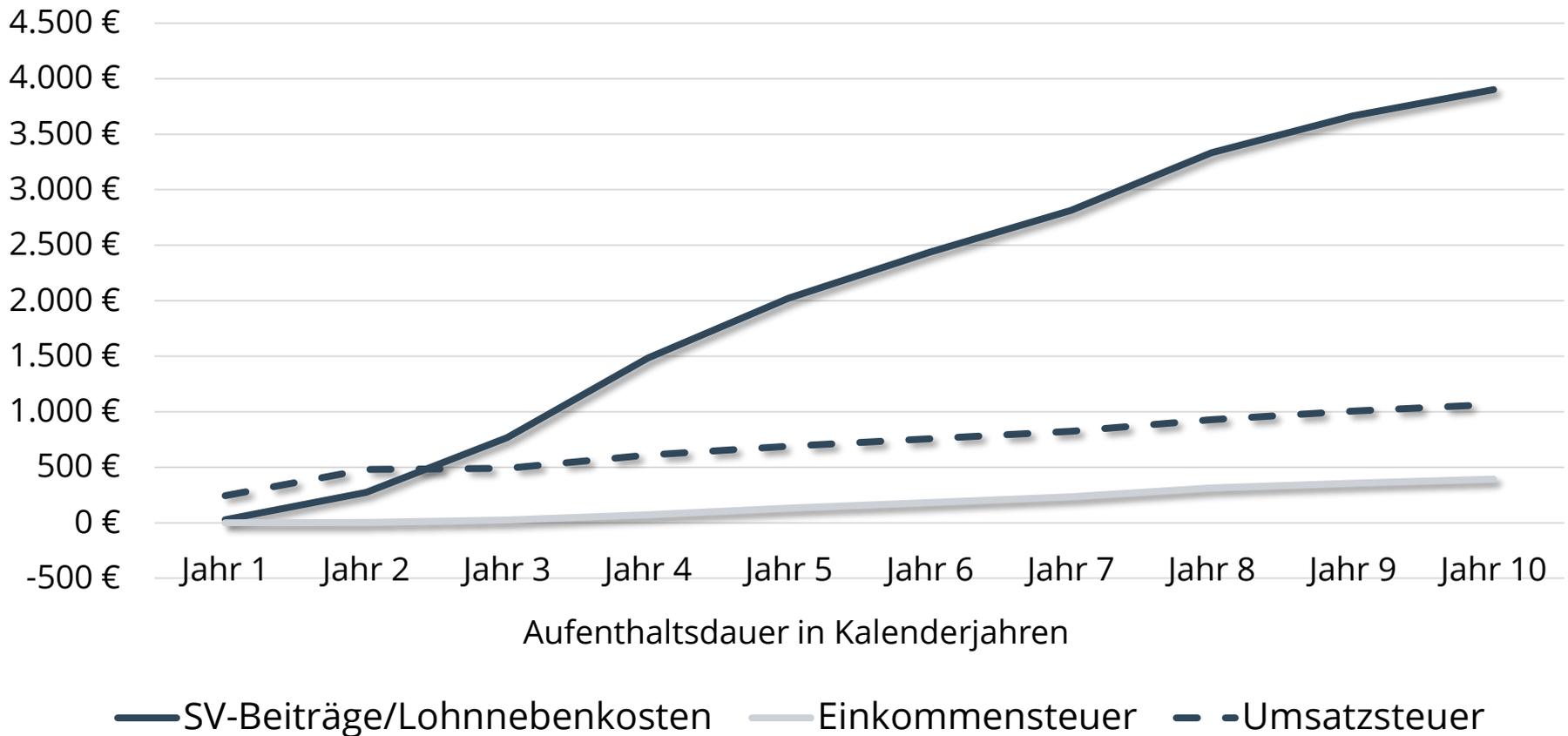
Quelle: GAW, 2017.

Abbildung 3.1.2 Durchschnittlich pro Jahr von OÖ. Asylwerbern und Asylberechtigten erhaltene Transfers



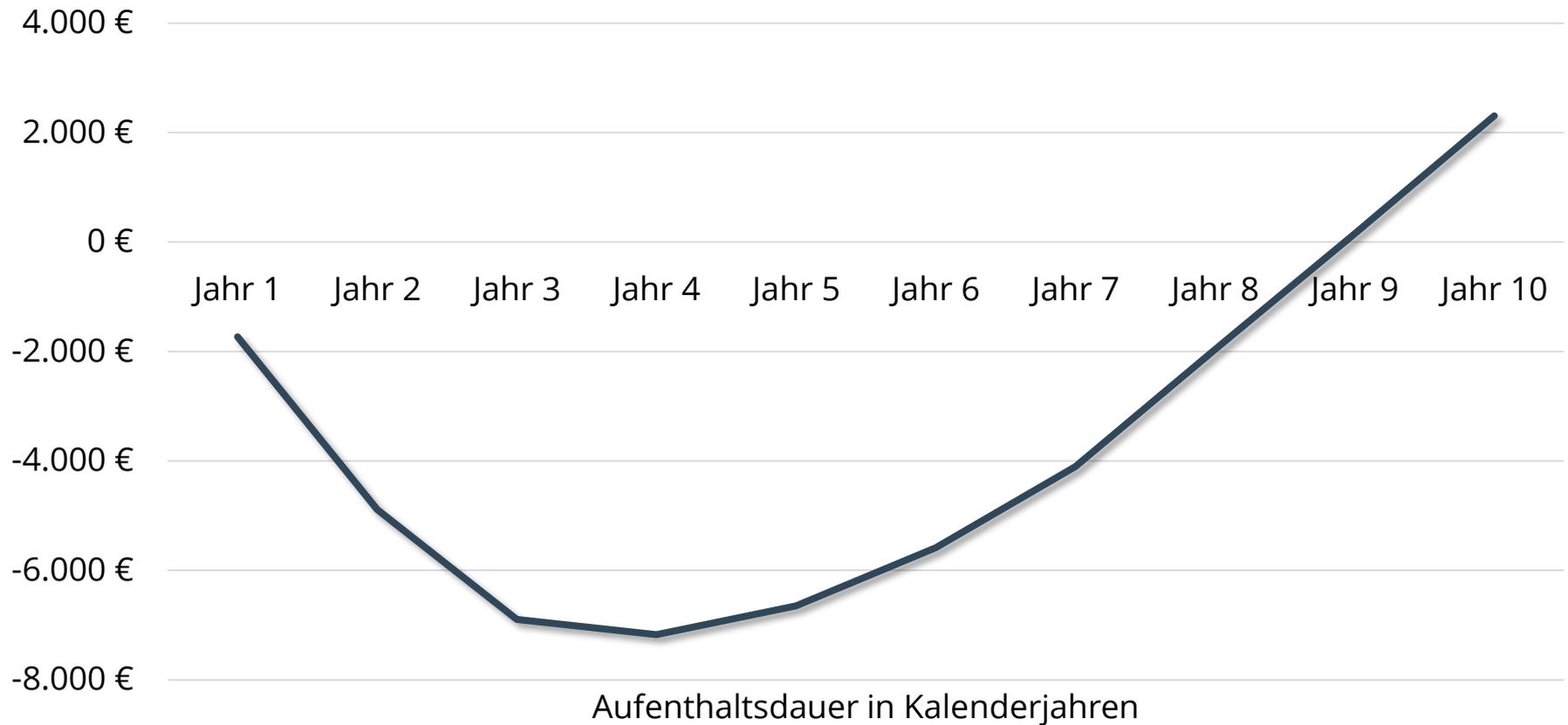
Quelle: GAW, 2017.

Abbildung 3.1.3 Durchschnittlich pro Jahr von OÖ. Asylwerbern und Asylberechtigten abgeführte Abgaben



Quelle: GAW, 2017.

Abbildung 3.1.4 Differenz zwischen den pro Person insgesamt während des Aufenthaltes abgeführten Abgaben und erhaltenen Transfers



Quelle: GAW, 2017.

- Im Durchschnitt werden pro Person ab dem **fünften Kalenderjahr** des Aufenthaltes **pro Jahr mehr Abgaben** abgeführt als **Transfers** erhalten
- Die bei weitem wichtigste Quelle der Abgaben ist dabei das Einkommen aus **Erwerbstätigkeit**
- Im Durchschnitt hat eine Asylberechtigte nach **neun Kalenderjahren** Aufenthalt **insgesamt mehr Abgaben** abgeführt als **Transfers** erhalten
- Eine Asylwerberin/Asylberechtigte erhält im Durchschnitt während ihres gesamten Aufenthalts um **2.300 Euro mehr** an **Transfers** als sie an **Abgaben** abführt

- **Aber:** Der überwiegende Teil der von Asylwerberinnen / Asylberechtigten erhaltenen Einkommen und Transfers fließt in die Konsumnachfrage
- Durch die Bedienung dieser Nachfrage entstehen Einkommen, die wiederum für Konsum und Investitionen verwendet werden. Es entsteht ein volkswirtschaftlicher Multiplikatoreffekt
- Die zusätzliche Wertschöpfung, Beschäftigung und Einkommen ziehen wiederum zusätzliches Abgabenaufkommen nach sich
- Im Zeitraum 2005 – 2016 betrug die Konsumnachfrage der sich in OÖ befindlichen Asylwerberinnen und Asylberechtigten im Durchschnitt 84 Mio. Euro pro Jahr

3.2. Ergebnisse auf gesamtwirtschaftlicher Ebene

Tabelle 3.2.1 Jährliche Konsumausgaben von Asylwerberinnen / Asylberechtigten in OÖ und darauf basierende volkswirtschaftliche Effekte

Jahr	Personen	Konsumausgaben	zusätzliches BRP	zusätzliche Beschäftigung
2005	9.361	€ 40 Mio.	€ 40 Mio.	525
2006	10.168	€ 44 Mio.	€ 48 Mio.	629
2007	10.187	€ 49 Mio.	€ 54 Mio.	701
2008	11.180	€ 58 Mio.	€ 63 Mio.	813
2009	12.207	€ 64 Mio.	€ 69 Mio.	901
2010	12.095	€ 68 Mio.	€ 75 Mio.	969
2011	12.430	€ 77 Mio.	€ 84 Mio.	1.087
2012	13.137	€ 88 Mio.	€ 95 Mio.	1.229
2013	13.989	€ 96 Mio.	€ 104 Mio.	1.350
2014	16.365	€ 108 Mio.	€ 116 Mio.	1.510
2015	25.992	€ 137 Mio.	€ 146 Mio.	1.898
2016	28.876	€ 183 Mio.	€ 193 Mio.	2.512
Durchschnitt	14.666	€ 84 Mio.	€ 90 Mio.	1.177

Quelle: GAW, 2017.

3.2. Ergebnisse auf gesamtwirtschaftlicher Ebene

Tabelle 3.2.2 Jährliche Abgaben/Transfers von und an OÖ Asylwerber- innen / Asylberechtigte und fiskalische Rückflüsse aufgrund

Jahr	Abgaben	Transfers	Abgaben – Transfers	Fiskalische Rückflüsse
2005	€ 13 Mio.	€ 28 Mio.	-€ 15 Mio.	€ 17 Mio.
2006	€ 17 Mio.	€ 28 Mio.	-€ 11 Mio.	€ 19 Mio.
2007	€ 21 Mio.	€ 28 Mio.	-€ 7 Mio.	€ 21 Mio.
2008	€ 27 Mio.	€ 30 Mio.	-€ 3 Mio.	€ 23 Mio.
2009	€ 30 Mio.	€ 34 Mio.	-€ 4 Mio.	€ 25 Mio.
2010	€ 35 Mio.	€ 33 Mio.	€ 2 Mio.	€ 27 Mio.
2011	€ 42 Mio.	€ 34 Mio.	€ 8 Mio.	€ 30 Mio.
2012	€ 49 Mio.	€ 38 Mio.	€ 11 Mio.	€ 33 Mio.
2013	€ 53 Mio.	€ 42 Mio.	€ 11 Mio.	€ 35 Mio.
2014	€ 58 Mio.	€ 50 Mio.	€ 7 Mio.	€ 39 Mio.
2015	€ 65 Mio.	€ 75 Mio.	-€ 9 Mio.	€ 48 Mio.
2016	€ 75 Mio.	€ 109 Mio.	-€ 34 Mio.	€ 62 Mio.
Durchschnitt	€ 40 Mio.	€ 44 Mio.	-€ 4 Mio.	€ 32 Mio.

Quelle: GAW, 2017.

- Asylwerberinnen und Asylberechtigte führen durchschnittlich ab dem fünften Kalenderjahr ihres Aufenthalts pro Jahr mehr Abgaben ab als sie an Transferleistungen erhalten.
- Die wichtigste Abgabenquelle ist die Erwerbstätigkeit
- Durch die Konsumausgaben der Asylwerberinnen und Asylberechtigten entsteht in OÖ jährlich ein zusätzliches Bruttoregionalprodukt von 90 Mio. Euro und eine zusätzliche Beschäftigung von 1.180 Vollzeitäquivalenten

- Ein schnellerer Zugang zum Arbeitsmarkt würde das von Asylwerberinnen und Asylberechtigten generierte Abgabenaufkommen weiter erhöhen und das Transferaufkommen senken

Ansätze in OÖ

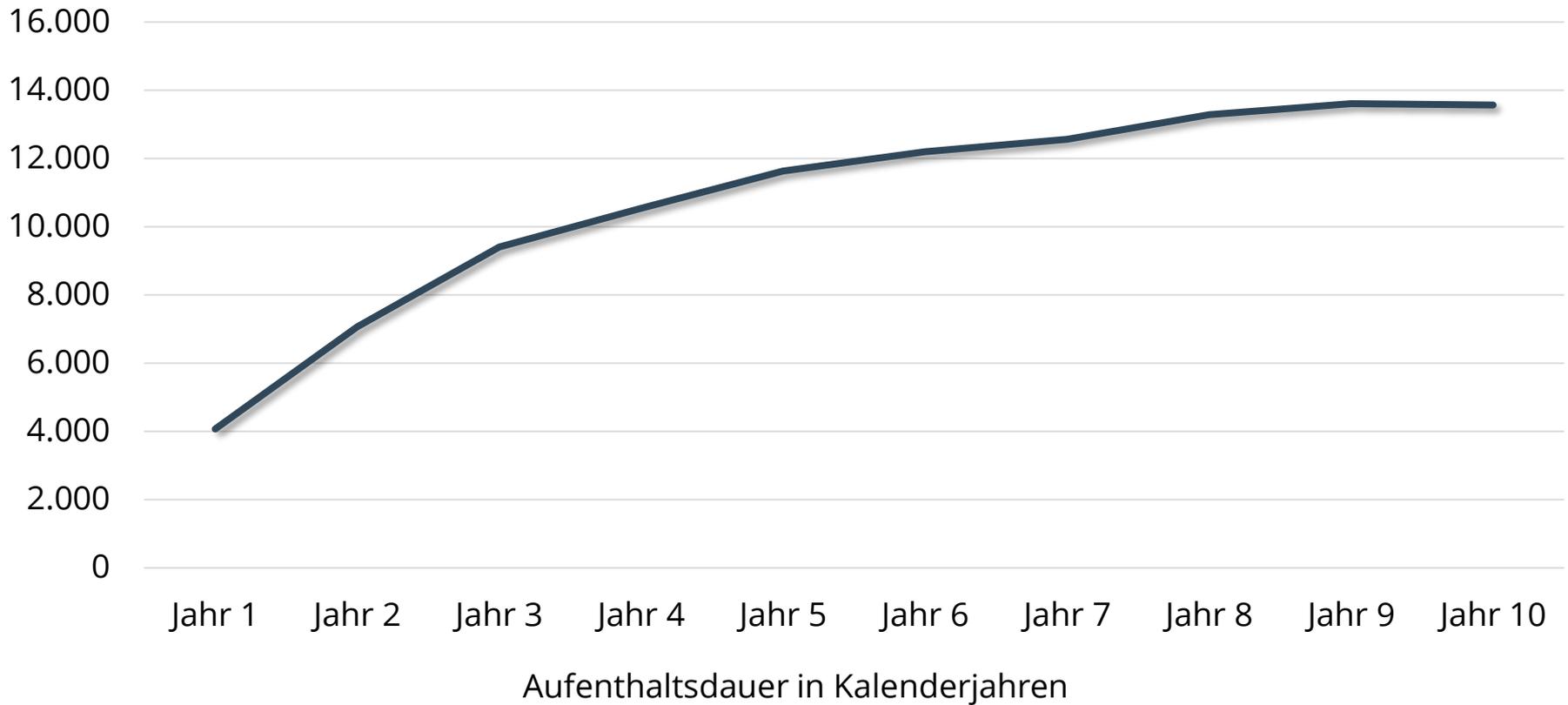
- Erleichterter Zugang für Flüchtlinge zur Lehre (Ersparnis an Transfers ca. 1,6 Mio. Euro pro Jahr)
- Mitarbeit als Erntehelfer auf Höfen (104 Personen haben als Erntehelfer gearbeitet, Ersparnis insgesamt ca. 450.000 Euro bei einer Beschäftigungsdauer von 6 Monaten)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Prof. Dr. Dr.h.c. Friedrich Schneider
Institut für Volkswirtschaftslehre
Johannes Kepler Universität Linz
4040 Linz-Auhof

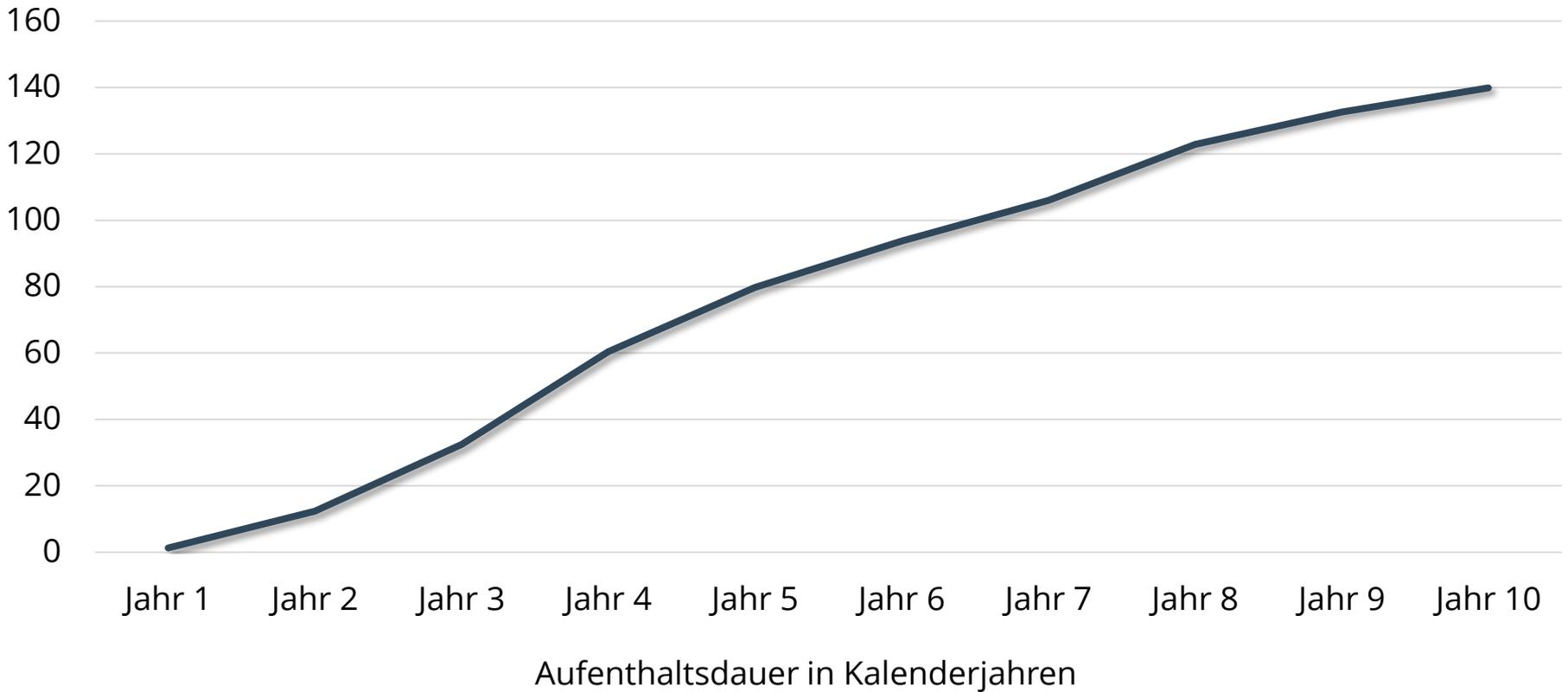
Dr. Florian Wakolbinger
Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung
Sparkassenplatz 2/1/115
6020 Innsbruck
wakolbinger@gaw.institute

Abbildung A1 Durchschnittliches jährliches Arbeitseinkommen der beschäftigten Asylwerberinnen und Asylberechtigten



Quelle: GAW, 2017.

Abbildung A2 Durchschnittliche jährliche Beschäftigungsdauer in Tagen aller OÖ. Asylwerberinnen und Asylberechtigten



Quelle: GAW, 2017.